

# Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Dossier

**Dossier: Rehabilitierungen / Aufhebungen von Strafurteilen**

# Impressum

## Herausgeber

Année Politique Suisse  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Bern  
Fabrikstrasse 8  
CH-3012 Bern  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss)

## Beiträge von

Bernet, Samuel  
Buchwalder, Mathias  
Gsteiger, Christian  
Hirter, Hans  
Magnin, Chloé

## Bevorzugte Zitierweise

Bernet, Samuel; Buchwalder, Mathias; Gsteiger, Christian; Hirter, Hans; Magnin, Chloé  
2025. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Dossier: Rehabilitierungen /  
Aufhebungen von Strafurteilen, 2002 – 2025*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für  
Politikwissenschaft, Universität Bern. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen am  
17.05.2025.

# Inhaltsverzeichnis

Rehabilitierung von Flüchtlingshelfern während der Zeit der faschistischen Regime in Europa	1
Rehabilitierung der schweizerischen Kämpfer auf republikanischer Seite im Spanischen Bürgerkrieg	1
Rehabilitierung von sieben wegen der Beteiligung an der Demonstration vom 9. November 1932 verurteilten Personen	2
Rehabilitierung der Schweizerinnen und Schweizer, die in der französischen Résistance gekämpft haben (Pa.lv. 21.465, Pa.lv. 21.472)	3
Réhabilitation des Suisses ayant combattu dans la Résistance française (lv.pa. 21.465, lv.pa. 21.472)	4

# Abkürzungsverzeichnis

<b>RK-SR</b>	Kommission für Rechtsfragen des Ständerates
<b>RK-NR</b>	Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats
<b>BeK</b>	Begnadigungskommission der Vereinigten Bundesversammlung

---

<b>CAJ-CE</b>	Commission des affaires juridiques du Conseil des Etats
<b>CAJ-CN</b>	Commission des affaires juridiques du Conseil national
<b>CGRA</b>	Commission des grâces de l'Assemblée fédérale

# Rehabilitierung von Flüchtlingshelfern während der Zeit der faschistischen Regime in Europa

## Nationale Identität

PARLAMETARISCHE INITIATIVE  
DATUM: 13.12.2002  
HANS HIRTER

Der Nationalrat hatte 2000 einer parlamentarischen Initiative Rechsteiner (sp, SG) für die Aufhebung von **Gerichtsurteilen gegen Flüchtlingshelfer während der Zeit der faschistischen Regime in Europa** und gegen Personen, welche im **spanischen Bürgerkrieg** auf der Seite der **Internationalen Brigaden** gegen die Faschisten gekämpft hatten, Folge gegeben. Seine Rechtskommission (RK-NR) legte im Herbst eine entsprechende Gesetzesvorlage vor. Ihre Mehrheit sprach sich allerdings nur für eine Rehabilitierung der verurteilten Flüchtlingshelfer, nicht aber der Spanienkämpfer aus. Konkret beantragte sie, die Strafurteile gegen die Flüchtlingshelfer generell abstrakt aufzuheben. In einem zweiten Schritt soll dann eine spezielle Kommission in jedem Einzelfall auf Gesuch hin entscheiden, ob das konkrete damals ergangene Urteil unter diesen Aufhebungsbeschluss fällt. Entsprechende Gesuche können von den Verurteilten, deren Angehörigen oder schweizerischen Organisationen, welche sich für den Schutz der Menschenrechte einsetzen, gestellt werden. Explizit werden Schadenersatz- oder Genugtuungsansprüche ausgeschlossen. In der Wintersession befasste sich der Nationalrat mit der Vorlage. Nachdem Eintreten unbestritten war, gab einzig der von der Linken unterstützte Antrag der Kommissionsminderheit zu reden, auch die wegen Kriegsdienst in fremden Armeen verurteilten schweizerischen Spanienkämpfer in die Rehabilitierung einzuschliessen. Diese Forderung konnte sich jedoch nicht durchsetzen. In der Gesamtabstimmung wurde die Gesetzesänderung gegen die Stimmen der Mehrheit der SVP-Fraktion mit 131 zu 27 gutgeheissen.<sup>1</sup>

PARLAMETARISCHE INITIATIVE  
DATUM: 20.06.2003  
HANS HIRTER

Als Zweitrat hiess auch der Ständerat den Vorschlag der Rechtskommission des Nationalrats (RK-NR) für die **Aufhebung von Gerichtsurteilen gegen Flüchtlingshelfer während der Zeit der faschistischen Regime in Europa** gut (parlamentarische Initiative Rechsteiner, sp, SG). In Abweichung von der grossen Kammer beschloss er, dass für die Aufhebung der einzelnen Urteile nicht eine noch zu schaffende spezielle Kommission, sondern die Begnadigungskommission der Bundesversammlung (BeK) zuständig sein soll. Der Nationalrat schloss sich dieser Lösung an.<sup>2</sup>

# Rehabilitierung der schweizerischen Kämpfer auf republikanischer Seite im Spanischen Bürgerkrieg

## Nationale Identität

PARLAMETARISCHE INITIATIVE  
DATUM: 16.12.2008  
HANS HIRTER

Im November beantragte die Rechtskommission des Nationalrats (RK-NR) der Bundesversammlung ein Gesetz über die Rehabilitierung der **schweizerischen Kämpfer auf republikanischer Seite im Spanischen Bürgerkrieg** von 1936–39. Von den rund 650 Bürgerkriegsteilnehmern waren nach ihrer Rückkehr in die Schweiz über 400 zumeist wegen der Leistung von Kriegsdienst in einer ausländischen Armee verurteilt worden. Diese Urteile wollte die Kommission nun mit dem neuen Gesetz generell aufheben. Sie begründete ihr Vorhaben damit, dass diese Personen die «auch für unser Staatswesen grundlegenden Werte der Freiheit und Demokratie verteidigt» haben. Ihre Verurteilungen seien zwar nach dem damals und auch heute noch geltenden Strafrechtsartikel, welcher den Dienst in fremden Heeren untersagt, juristisch korrekt gewesen. Ihr Kampf gegen den Faschismus solle aber aus heutiger Sicht als historische Leistung gewürdigt und ihre Verurteilung aufgehoben werden. Ein Anspruch auf irgendwelche Entschädigungszahlungen ergebe sich daraus nicht und sei von den Betroffenen auch nie erhoben worden. Die Aktivität der Rechtskommission des Nationalrats war durch eine 2006 eingereichte parlamentarische Initiative Rechsteiner (sp, SG; Pa.lv. 06.461) ausgelöst worden. Nahezu alle anderen westlichen Staaten haben ihre Spanienkämpfer schon seit langem rehabilitiert. Die Kommission hatte dem Vorstoss gegen die Stimmen der SVP Folge gegeben und die Rechtskommission des Ständerats (RK-SR) hatte sich diesem Entscheid im Frühjahr 2008 einstimmig angeschlossen. Bei der im Jahr 2002 erfolgten Behandlung der Vorlage über die

Rehabilitierung der Flüchtlingshelfer im zweiten Weltkrieg war der Einbezug der Spanienkämpfer noch nicht mehrheitsfähig gewesen. Der Bundesrat hatte gegen die Vorschläge der Rechtskommission nichts einzuwenden. Als Erstrat befasste sich der **Nationalrat** in der Dezembersession damit. Das Gesetz wurde von der SVP bekämpft, deren Sprecher Heer (svp, ZH) argumentierte, dass diese Personen zu Recht verurteilt worden seien und es kein ehrenhaftes Motiv gegeben habe, sich für die Republikaner im Spanischen Bürgerkrieg zu engagieren. Der Rückweisungsantrag wurde allerdings nur von einer Minderheit der SVP-Fraktion unterstützt; die Mehrheit der SVP enthielt sich der Stimme oder befand sich im Moment der Abstimmung nicht im Saal. Alle anderen Fraktionen befürworteten die Rehabilitierung der Spanienkämpfer einhellig.<sup>3</sup>

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE  
DATUM: 12.03.2009  
HANS HIRTER

Als Zweitrat stimmte auch der Ständerat dem Gesetz über die **Rehabilitierung der schweizerischen Kämpfer auf republikanischer Seite im Spanischen Bürgerkrieg** von 1936–39 zu. In der Schlussabstimmung hiess die grosse Kammer die Rehabilitierung der Spanienkämpfer gegen den Widerstand der SVP mit 133 zu 50 Stimmen gut, der Ständerat mit 35 zu 4 Stimmen. Im Berichtsjahr publizierte eine Fachkommission einen Bericht über den Vollzug des 2004 in Kraft getretenen Gesetzes über die Aufhebung von Strafurteilen gegen Flüchtlingshelfer zur Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland.<sup>4</sup>

## Rehabilitierung von sieben wegen der Beteiligung an der Demonstration vom 9. November 1932 verurteilten Personen

### Nationale Identität

STANDESINITIATIVE  
DATUM: 14.06.2018  
SAMUEL BERNET

Ende Januar 2017 reichte der Kanton Genf eine Standesinitiative ein, mit der die **Rehabilitierung von sieben wegen der Beteiligung an der Demonstration vom 9. November 1932 verurteilter Personen** gefordert wurde. An diesem Datum hatte – unter der Federführung Georges Oltramares – eine Versammlung der rechtsextremen Partei Union nationale stattgefunden, worauf die Genfer Sozialisten gleichentags eine Gegendemonstration veranstaltet hatten. Vor dem Hintergrund des aufkeimenden Totalitarismus in Europa, der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit hatte der Regierungsrat des Kantons Genf heftige Zusammenstösse zwischen dem linken und dem rechten Lager befürchtet und entsprechend die Armee aufgeboden, um die öffentliche Sicherheit gewährleisten zu können. Während des Einsatzes hatte die Armee auf Demonstranten geschossen, wobei 13 Menschen ums Leben gekommen und 65 verletzt worden waren. Im Sommer 1933 waren sieben Demonstranten von einem Strafgericht des Bundes verurteilt worden.

Die Genfer Standesinitiative forderte, dass die Urteile des Strafgerichtes aufgehoben und die sieben Demonstranten voll rehabilitiert werden. Ihre Verurteilung sei einzig deshalb erfolgt, weil sie sich der Staatsgewalt widersetzt hätten. Im Rückblick sei eindeutig, dass der damalige geschichtliche Kontext ihre Verurteilung herbeigeführt habe und nicht etwa eine direkte Verantwortung «für das traurige Ereignis vom 9. November 1932». Vielmehr hätten die verurteilten Demonstranten «gegen den in der Schweiz oder zumindest in Genf aufkommenden Faschismus gekämpft». Eine Rehabilitierung der sieben Demonstranten käme einer Anerkennung ihres Kampfes «für die gerechte Sache» gleich oder zumindest sei es ein offizielles Eingeständnis, dass nicht sie alleine für die Toten und Verletzten verantwortlich seien, so der Inhalt der Standesinitiative.

Die RK-SR kam im April 2018 mit 5 zu 3 Stimmen zu einem anderen Schluss: Das Urteil von 1933 sei «nach Regeln des Rechtsstaats korrekt zustande gekommen». Die Mehrheit der Kommission beantragte dem Ständerat deshalb das Gerichtsurteil nicht aufzuheben und der Standesinitiative keine Folge zu geben. RK-SR-Mitglied Andrea Caroni (fdp, AR) führte die Haltung der Kommissionsmehrheit in der Ständeratsdebatte im Juni 2018 aus. Er hätte ein gewisses Verständnis gehabt, wenn der Kanton Genf den Bund beauftragt hätte, den Armee-Einsatz – gemäss Caroni «das Gravierendste an den ganzen Genfer Unruhen» – aufzuarbeiten. Doch hier ginge es darum, sich im Nachhinein über ein ganz konkretes Gerichtsurteil hinwegzusetzen. Die Konsultation des Urteils habe ergeben, dass die Verurteilten Gewalt angewandt hätten, dass sie mit Schlagstöcken ausgerüstet gewesen wären, dass sie Polizisten und Armeeingehörigen Waffen weggenommen, sie mit Steinen beworfen und verletzt hätten. Nach damaligem

Strafgesetz sei das strafbar gewesen und Caroni zeigte sich überzeugt, dass dieses Urteil heute gleich gefällt würde. Der Ständerat schien dieser Argumentation mehrheitlich zu folgen und entschied in der Abstimmung mit 24 zu 17 Stimmen (1 Enthaltung) der Standesinitiative keine Folge zu geben.<sup>5</sup>

**STANDESINITIATIVE**  
DATUM: 09.05.2019  
CHRISTIAN GSTEIGER

Als Zweitrat behandelte der Nationalrat die Genfer Standesinitiative zur **Rehabilitierung von sieben wegen der Beteiligung an der Demonstration vom 9. November 1932 verurteilten Personen**. Befürworter wie Roger Nordmann (sp, VD) oder Lisa Mazzone (gp, GE) argumentierten, die Initiative wolle «Frieden im Kanton» herstellen und historische Fehler korrigieren, welche landesweite Folgen gehabt hätten. Denn wenn das Ereignis auch für die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung bereits in die Ferne gerückt sei, so gebe es in Genf noch immer Zeitzeugen. Die von Bruno Walliser (svp, ZH) vorgetragene Begründung der RK-NR, die beantragte, der Initiative keine Folge zu geben, weil die damals gesprochenen Urteile korrekt gewesen und gemäss den Regeln des Rechtsstaats gefällt worden seien, wurde von Andrea Gmür-Schönenberger (cvp, LU), unterstützt. Sie betonte zusätzlich, es handle sich nicht um eine «question de sentiment», sondern um eine «question de droit.» Die Argumente der Gegnerschaft scheinen letztlich überzeugender gewesen zu sein: Der Nationalrat tat es dem Ständerat gleich und entschied sich mit 113 zu 54 Stimmen bei 4 Enthaltungen, entsprechend der Empfehlung seiner Kommission, der Initiative keine Folge zu geben.<sup>6</sup>

## Rehabilitierung der Schweizerinnen und Schweizer, die in der französischen Résistance gekämpft haben (Pa.lv. 21.465, Pa.lv. 21.472)

### Nationale Identität

**PARLAMENTARISCHE INITIATIVE**  
DATUM: 29.10.2021  
MATHIAS BUCHWALDER

La **commission des affaires juridiques du Conseil national** (CAJ-CN) s'est prononcée, par 16 voix contre 5 et une abstention, pour donner suite à une **initiative parlementaire demandant la réhabilitation des Suisses et Suissesses ayant combattu dans la Résistance française**. A l'image de la décision prise en 2009 d'abroger les sanctions à l'encontre des combattantes et combattants suisses engagé.e.s au cours de la guerre civile espagnole aux côtés du gouvernement républicain, la conseillère nationale genevoise Stefania Prezioso Batou (egsols) souhaite marquer la reconnaissance de la Suisse pour ses citoyennes et citoyens qui ont contribué à libérer l'Europe du nazisme. Les travaux de recherche historique récents ont mis en lumière la participation d'au moins 466 Suisses et Suissesses à la Résistance française durant la Seconde Guerre mondiale. Prenant notamment ceci en considération, la CAJ-CN estime qu'il est légitime de réhabiliter ces personnes. C'est désormais au tour de son homologue des Etats (CAJ-CE) de se pencher sur la question.

En outre, la conseillère aux Etats Lisa Mazzone (verts, GE) a déposé la même initiative parlementaire à la chambre des cantons.<sup>7</sup>

**PARLAMENTARISCHE INITIATIVE**  
DATUM: 21.01.2022  
MATHIAS BUCHWALDER

La **Commission des affaires juridiques du Conseil des États** (CAJ-CE) a adhéré à la proposition de sa consœur du National en donnant suite à l'**initiative parlementaire Prezioso** (egsols, GE) par 5 voix contre 3 et 4 abstentions. Suite à cela, la sénatrice Lisa Mazzone (verts, GE) a retiré l'initiative parlementaire 21.465, de même teneur mais qui n'était pas encore passée devant les commissions.<sup>8</sup>

**PARLAMENTARISCHE INITIATIVE**  
DATUM: 15.03.2024  
CHLOÉ MAGNIN

La Commission des affaires juridiques du Conseil national (CAJ-CN) a demandé une **prolongation du délai** de traitement, ce qui a été accepté par le Conseil national. Ainsi, l'**initiative parlementaire Prezioso** (egsols, GE) devra être discutée par la chambre basse d'ici la session de printemps **2026**.<sup>9</sup>

La **CAJ-CN** s'est prononcée en faveur de l'objet, après avoir entendu des spécialistes sur les motivations de cette initiative parlementaire qui souhaite **réhabiliter les Suisses et Suissesses** ayant **combattu** dans la **Résistance française**.<sup>10</sup>

## Réhabilitation des Suisses ayant combattu dans la Résistance française (lv.pa. 21.465, lv.pa. 21.472)

### Nationale Identität

Après que les commissions des affaires juridiques des deux chambres ont donné suite à l'initiative parlementaire Prezioso (egsols, GE), la sénatrice genevoise Lisa Mazzone (verts) a retiré son intervention, dont les exigences étaient les mêmes, à savoir la **réhabilitation des suisses et suissesses ayant combattu dans la Résistance française**.<sup>11</sup>

---

1) AB NR, 2002, S. 2151 ff.; BBl, 2002, S. 7781 ff.; BBl, 2003, S. 490 ff.

2) AB NR, 2003, S. 1079 f.; AB NR, 2003, S. 1242; AB SR, 2003, S. 569 ff.; AB SR, 2003, S. 714; BBl, 2003, S. 4570 ff.

3) AB NR, 2008, S. 1636 ff.; BBl, 2008, S. 9147 ff.; BBl, 2008, S. 9161 ff.; TA, 27.11.08.

4) AB SR, 2009, S. 174 ff.; AB SR, 2009, S. 280; BBl, 2009, S. 1987 f.; BBl, 2009, S. 3323 ff.

5) AB SR, 2018, S. 575 ff.; Bericht der Kommission für Rechtsfragen vom 26. April 2018

6) AB NR, 2019, S. 780ff.; Bericht RK-NR vom 15.11.2018

7) Communiqué de presse CAJ-CN du 29 octobre 2021; Lib, 18.6.21

8) Communiqué de presse CAJ-CE du 21 janvier 2022; Communiqué de presse CAJ-CN du 29 octobre 2021; QJ, 14.12.21

9) BO CN, 2024, p. 589

10) Communiqué de presse CAJ-CN du 14.2.25

11) Communiqué de presse CAJ-CE du 21 janvier 2022; Communiqué de presse CAJ-CN du 29 octobre 2021; Lib, 18.6.21